

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 26.03.2009 um 18.20 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat May (ohne Ziffer 2)
Stadtrat Günther (für Stadträtin Richter)
Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser (bis 20.00 Uhr, Ziffer 5)
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp
Stadträtin Wachter (für Bgmin. Regan)

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bgm. Christof (ohne Ziffern 2 und 3)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger
Herr Böhm, Energieagentur Oberfranken
Dipl. – Ing. Kruckow

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadträtin Glos
Ortssprecher Pfrenzinger
Stadtrat Popp
Stadtrat Konrad
Ortssprecherin Schlötter
Stadtrat Schardt

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Richter
Bürgermeisterin Regan

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

Oberbürgermeister Müller fragt nach ob es Anregungen zur Tagesordnung gebe.
Stadträtin Dr. Endres-Paul bittet den Punkt 5 der Tagesordnung „weitere Fördermaßnahmen zum Verkauf von Wohnbaugrundstücken Wegfall der Bebauungsverpflichtung“ direkt im Stadtrat zu behandeln, nachdem die erste Beratung ebenfalls im Stadtrat erfolge.
Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Vorberatung im Finanzausschuss erfolge könne und nach Beratung in den Fraktionen und Gruppen die Entscheidung im Stadtrat getroffen werde.

1. Kommunales Energiemanagement

Vorstellung des überarbeiteten Kostenangebotes über die Betreuung der Liegenschaften der Stadt Kitzingen im Rahmen des Projektes "Kommunales Energiemanagement"

- A. Herr Böhm, Energieagentur Oberfranken geht anhand einer Präsentation ausführlich auf die Agentur und deren Aufgaben, deren Erfahrungen sowie deren Vorgehensweisen ein. Er stellt dar, dass durch ein Energiemanagement mittels organisatorischer bzw. geringinvestiver Maßnahmen die Senkung des Raumwärmebedarfs, des Warmwasserverbrauchs bzw. des Stromverbrauches erreicht werden könne, wodurch letztlich die Kosten gesenkt werden. Hierzu gehören auch die Schulung der Gebäudeverantwortlichen sowie eine Kosten/Nutzen-Analyse.
Er geht beispielhaft auf andere Kommunen ein, bei denen dieses Modell bereits durchgeführt wurde. Als nächstes stellt er das Einsparungspotential der 22 zu beauftragenden Gebäuden der Stadt Kitzingen dar und kommt zum Ergebnis, dass von einem Energiebedarf in Höhe von 4.800.000 kWh, 10 % durch organisatorische Maßnahmen eingespart werden können, was einer Einsparung von 37.400,00 € innerhalb des Betreuungszeitraumes von drei Jahren entspricht. Die Kosten hierfür belaufen sich nach Abzug der Förderung in Höhe von 40 %, die erst nach Ablauf der Betreuung ausbezahlt werden kann, auf 41.000,00 €. Darüber hinaus stellt er dar, dass sich für das Hallenbad, nachdem es sich um einen hohen Energieverbraucher der Stadt handelt, ebenfalls ein hohes Einsparpotential ergebe.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass hinsichtlich des Hallenbades eine Vorlage an den Aufsichtsrat der Stadtbetriebe gegeben werde, damit dies hierfür in gleicher Weise erfolgen könne.

Stadtrat Böhm als Referent für Umwelt, Ökologie und Energie spricht sich für die Beauftragung der Energieagentur Oberfranken aus.

Stadträtin Dr. Endres-Paul stellt fest, dass sie ebenfalls zustimmen werde, fragt jedoch nach, weshalb die D.-Paul-Eber-Schule sowie das Hallenbad hinzugezogen werden sollen, obwohl beide Anlagen erst erneuert wurden.

Herr Böhm erklärt, dass bei den Umbauten sicherlich auf die Energetik bei der Heizanlage sowie den Materialien geachtet wurde, jedoch ergeben sich darüber hinaus durch organisatorische Maßnahmen bzw. einzelne Einstellungen bei den Heizanlagen Einsparungsmöglichkeiten.

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, die Friedrich-Bernbeck-Schule mit aufzunehmen. Auch wenn eine Sanierung erst in fünf Jahren erfolge, so könne dennoch für diesen Zeitraum eine Einsparung erreicht werden. Er fragt nach dem kostenmäßigen Aufwand.

Herr Böhm erklärt, dass sich dadurch die Kosten um 4.000,00 € bis 5.000,00 € erhöhen würden und gleichzeitig die Einsparung steigen würde. Darüber hinaus muss der Förderantrag dahingehend angepasst werden.

Stadträtin Wallrapp fragt nach, wie es sich bei Einrichtungen verhalte, die in angemieteten Gebäuden untergebracht seien.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Einsparung in gleicher Weise erreicht werden könne. Falls investive Maßnahmen bekannt würden, müsse man entsprechend auf den Eigentümer zugehen.

Stadträtin Schmidt fragt nach, weshalb die Musikschule nicht bei den zu prüfenden Gebäuden aufgelistet sei.

Herr Böhm erklärt, dass die Musikschule bereits sehr wenig Energie verbrauche, worauf Berufsmäßiger Stadtrat Groß vorschlägt, die Musikschule bei den Gebäuden aufzunehmen, die lediglich 1 x jährlich begangen werden, jedoch kein Controlling durchgeführt werde.

Hiermit besteht Einverständnis.

Oberbürgermeister Müller bittet neben der Beschlussfassung der Sitzungsvorlage auch über die Aufnahme der Friedrich-Bernbeck-Schule abzustimmen.

B. Mit 13 . 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag und den Ausführungen der Energieagentur Oberfranken in der Sitzung wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Energieagentur Oberfranken einen Zuwendungsantrag, im Rahmen des CO²-Minderungsprogrammes für kommunale Liegenschaften beim Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zu stellen.
3. Die Energieagentur Oberfranken erhält, aufgrund Ihres Angebotes vom 06.02.2009, nach Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn, den Auftrag ein kommunales Energiemanagement für die von der Energieagentur vorgeschlagenen Gebäude zu bearbeiten. (siehe Anlage)

C. Mit 13 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, auch für die Friedrich-Bernbeck-Schule ein kommunales Energiemanagement zu erarbeiten.

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, nach Vorlage des Angebotes den Auftrag an die Energieagentur Oberfranken zu erteilen.

2. Antragsverfahren für den Aufbau gebundener Ganztagszüge an Schulen zum Schuljahr 2009/2010

Ohne Abstimmung

Ab dem Schuljahr 2009/2010 müssen die Kommunen, die einen Antrag auf Einrichtung eines Ganztagszuges an einer ihrer Schulen stellen, neu ihre Bereitschaft erklären, sich mit einem Zuschuss an die Regierung von 5.000 € pro Klasse und Schuljahr zu beteiligen.

Die Stadt Kitzingen hat somit für das Schuljahr 2009/2010 für 3 Klassen (5., 6. und 7. Jahrgang) an der Volksschule Kitzingen-Siedlung – Hauptschule 15.000 € an die Regierung zu zahlen (Fälligkeitstermin noch nicht bekannt).

Bei Genehmigung des Antrages auf einen gebundenen Ganztagszug an der Volksschule Kitzingen-Siedlung – Grundschule – **der Antrag ist bis 02. April 2009 bei der Regierung von Unterfranken einzureichen** – fallen weitere 5.000 € für 2009/10 an.

Im Endausbau dieser beiden Ganztagszüge fallen dann für 4 Klassen (eine pro Jahrgang) an der Grundschule und 5 Klassen an der Hauptschule 45.000 € pro Schuljahr an, die die Stadt Kitzingen an die Regierung von Unterfranken zahlen muss.

3. Einleitung eines Änderungsverfahrens für den Flächennutzungsplan der Stadt Kitzingen (30. Änderung)

Mit 11 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Einleitung eines Änderungsverfahrens nach § 2 Abs. 1 BauGB einen Teilbereich des Flächennutzungsplanes nördlich der Firma GEA Brewery Systems GmbH Huppmann Tuchenhagen. Ziel des Änderungsverfahrens ist die Ausweisung einer Gewerblichen Baufläche.
3. Die Einleitung des Änderungsverfahrens ist nach § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

4. Antrag der ödp vom 18.02.2009:

Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Wirth-Gelände“; Erlass einer Veränderungsperre

Mit 8 : 5 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Dem Antrag der ÖDP wird nicht stattgegeben

5. weitere Fördermaßnahmen zum Verkauf von Wohnbaugrundstücken Wegfall der Bebauungsverpflichtung

A. Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Entscheidung nach der Beratung in den Fraktionen und Gruppen in der Stadtratssitzung am 02.04.2009 erfolge.

Er stellt dar, dass 20 % der Bauplätze in den jeweiligen Baugebieten (Hammerstiel 5, Buddenthal 5, Hollunder Weg 1) für unbestimmte Zeit vom Baugebot befreit werden sollten. Hierbei entfällt der familienfreundliche Rabatt, es sei denn die Bebauung findet innerhalb der sonst gültigen Bebauungsfrist statt. Aufgrund der besonderen gegenwärtigen Situation, sollte man diesen Weg gehen.

Stadträtin Schwab als Antragstellerin spricht sich ebenfalls für die Verwaltungsmeinung aus.

2. Bürgermeister Christof fragt nach, ob eine Wertschöpfungsklausel in diesen Verträgen enthalten sein werde. Seiner Auffassung nach wäre dann der Spekulation Tür und Tor geöffnet.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass keine Wertschöpfungsklausel enthalten sei.

Stadtrat Schmidt könne sich ebenfalls für eine Wertschöpfungsklausel beim Weiterverkauf in Höhe von 50 % der Steigerung aussprechen. Die UsW könne sich vorstellen, auf alle Bauplätze, die man vom 01.04.2009 bis 31.03.2010 verkauft, die Bebauungsverpflichtung für 10 Jahre auszusetzen. Anschließend bleibt es bei den bekannten Konditionen. Außerdem müsste dann eine Klausel in den Verträgen aufgenommen werden, dass die Eigentümer die Grundstücke zu pflegen haben.

Stadträtin Schmidt ist der Auffassung, dass man mit dem Aufheben der Bebauungspflicht ein bestimmtes Klientel bevorzuge, was sie für sozial ungerechtfertigt halte. Ihrer Auffassung nach müssten die Preise in Gänze nach unten angepasst werden.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass durch eine Wertschöpfungsklausel wenige Interessierte auf die Stadt zukommen werden. Selbst wenn sich das Grundstück im Wert steigern sollte, so hat die Stadt dennoch günstigere Grundstücke im Angebot, so dass dies keine Konkurrenz für die Stadt darstellen würde. Hinsichtlich der Befristung von Stadtrat Schmidt erklärt er, dass durch die Deckelung auf 20 % der Baugrundstücke der gleiche Effekt erreicht werde. Durch den Verkauf der Grundstücke habe man sofort die Einnahmen in der Stadtkasse, ohne die kostenaufwendige Erschließung weiter vorstrecken zu müssen. Darüber hinaus habe die Stadt Einnahmen durch die Grundsteuer A bzw. Ausgabeesparungen durch geringeren Pflegeaufwand seitens des Bauhofs an den Grundstücken.

Stadträtin Wallrapp geht auf den Grundgedanken des ursprünglichen Baugebotes ein (keine Baulücken) und erklärt, dass früher ohne Kinderrabatt ein Baugebot von drei Jahren bzw. von 5 Jahre (auf Antrag) galt. Dies bittet sie nochmals zu prüfen.

Sie spricht sich für die Aussetzung des Baugebotes auf sieben Jahre aus.

Stadtrat Böhm pflichtet Stadträtin Wallrapp bei.

B. Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Müller verweist die Angelegenheit in die Fraktionen und Gruppen. Die Beschlussfassung erfolgt in der Sitzung des Stadtrates am 02.04.2009

6. Generalinstandsetzung

D.-Paul-Eber-Hauptschule Kitzingen - Maurerarbeiten/Attika

Auftragsvergabe nach VOB

(Stadtrat Schardt, der als Gast anwesend ist, begibt sich aufgrund persönlicher Beteiligung ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

Mit 12 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wurde Kenntnis genommen.

2. Den Auftrag für die Mauerarbeiten/Attika in der D.-Paul-Eber-Hauptschule in Kitzingen erhält die Firma Schardt-Bau GmbH, 97318 Kitzingen.

Die Auftragssumme schließt mit 26.591,69 € einschl. 19 % MwSt. und 2 % Nachlass ab.

7. Generalsanierung der D. Paul-Eber-Hauptschule;
Aufnahme eines zinsgünstigen Kredites aus dem KfW-Infrastrukturprogramm
Energieeffizient Sanieren

Mit 12 : 0 Stimmen

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, zur Finanzierung der Generalsanierung der D. Paul-Eber-Hauptschule in Kitzingen einen zinsgünstigen Kommunalkredit in Höhe von 2.375.000 € aus dem Programm Energieeffizient Sanieren bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu folgenden Konditionen zu beantragen:

Auszahlung:	100 %
Laufzeit:	20 Jahre
Tilgung:	maximal 3 tilgungsfreie Anlaufjahre, dann gleich hohe vierteljährliche Raten
Zinsen:	zur Zeit 1,05 % für 10 Jahre fest

Die Kreditaufnahme erfolgt teilweise auf den Haushaltseinnahmerest 2008 (1 Mio. €) und auf den Haushaltsansatz 2009.

8. Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul
Presseartikel in der Main-Post hinsichtlich Kontaminationsverdachtsflächen

Stadträtin Dr. Endres-Paul verweist auf einen Presseartikel hinsichtlich der Verdachtsflächen, wobei der Oberbürgermeister diese Flächen bestätigt habe. Sie spricht ihren Unmut darüber aus, dass dies nach außen mit Blick auf mögliche Investoren keine gute Werbung sei, wenn von solchen Verdachtsflächen gesprochen werde.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass 14 Verdachtsmomente bereits seit längerem bekannt seien, die nun näher untersucht werden müssen. Deshalb weise er den Vorwurf zurück, investorenunfreundliche Aussagen getroffen zu haben. Nachdem die Stadt diesbezüglich in der Verantwortung stehe, seien solche Darstellungen nach außen notwendig.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.10 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer